

*bericht*  
Bildung erhöht  
die Sicherheit

*vkö*  
Festakt: 95 Jahre -  
jung & dynamisch

*kommentar*  
Katastrophale  
Lösungs(in)kompetenz

**06/15**



**kripo.at**



**VEREINIGUNG  
KRIMINALDIENST  
ÖSTERREICH**



# KATASTROPHEN

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)

## Blackout und andere Katastrophen

**9.** November 1965, in weiten Teilen des Nordostens der USA kommt es zu einem etwa 12-stündigen Stromausfall. Ursache ist menschliches Versagen durch mangelhafte Überwachung des Stromnetzes, auch New York ist betroffen. Das Frappierende: in besagter Nacht werden die wenigsten Verbrechen in der Kriminalstatistik der Stadt verzeichnet; nur fünf Plünderungen sind überliefert.

Anders die Nacht vom 13. Juli 1977. Wieder war New York ohne Strom, doch dieses Mal wurde die Metropole am Hudson von einem Mob heimgesucht. 1.600 Geschäfte wurden geplündert und etwa 1000 Brandstiftungen registriert.

Was war so unterschiedlich? Und wenn in Österreich das Licht ausgeht? Wird bei uns das Chaos ausbrechen? Oder werden wir eine ruhige Nacht verbringen?

Amerika ist weit weg und das Stromnetz ist bekannt marod. New York ist vielleicht als Beispiel nicht besonders geeignet, gehen wir daher ein Stück näher. 2005 war das Münsterland plötzlich dunkel. Jetzt konnte sich zeigen, wie deutsche Behörden, Betriebe und die Bevölkerung auf einen derartigen Fall reagieren und – das ist wichtig – auf Grund der europäischen Vernetzung, wäre auch Österreich um Haaresbreite betroffen gewesen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein großflächiger Stromausfall auf ein ganzes Land und europäische Nachbarstaaten ausbreitet, wird von Fachleuten als sehr hoch eingeschätzt. Kurz gesagt: schon morgen kann es auch bei uns finster werden. Die Deutschen haben das Problem bravourös gemeistert. Die fünf deutschen Hilfsorganisationen, Feuerwehr und Polizei konnten das Geschehen im Griff behalten. Das Technische Hilfswerk und die Bundeswehr, vorsorglich zum Hilfseinsatz entsandt, hatten lediglich kleinräumige Hilfe zu leisten. Betroffen waren nur der Individualverkehr und die Telekommunikation. Bei einer nachträglichen Aufarbeitung wurde aber klar, dass es bei längerer Stromunterbrechung Engpässen bei der Kraftstoffversorgung, bei der Abwasserbeseitigung und bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gekommen wäre.

Österreich ist in einer ähnlichen Situation wie Deutschland, Behörden, Polizei und Blaulichtorganisationen haben den gleichen Standard. Heißt das, wir brauchen uns keine Sorgen zu machen? Vielleicht noch ein Notstromaggregat im Keller, schon ist alles paletti?

Nun, so einfach ist es nicht. Außer Stromausfall gibt es noch andere Möglichkeiten von Katastrophen. Was eine Katastrophe ist, kann man bei Wikipedia nachlesen: Durch technische oder elementare Vorgänge oder durch Menschen ausgelöste Ereignisse, die in großem Umfang das Leben oder die Gesundheit von Menschen, die Umwelt, das Eigentum oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung gefährden oder schädigen.

Jetzt wissen wir es: Ein Familienstreit unter dem Weihnachtsbaum ist zwar eine familiäre Katastrophe, aber keine im Sinne der Definition. Lawinen, Flugzeugabstürze, Unfälle mit vielen Verletzten, Großbrände etc. entsprechen jedoch der Erklärung.

Und was haben Katastrophen mit der Kripo zu tun? Es ist zu befürchten, dass (viele) Kriminelle die Gunst der Stunden nützen könnten. Unsere uniformierten Kollegen werden mit der Aufrechterhaltung des Verkehrs und Abarbeitung von Alarmen ausgelastet sein. Die Kripo wird viel Nacharbeit leisten müssen, denn egal ob Spontaneinbruch oder lange vorbereitet, für uns macht das keinen Unterschied. Und wer bei Katastrophen mit unzähligen Toten den unangenehmsten Job machen muss, das haben wir erst Ende August auf der A 4 gesehen.

Ob Österreich gut aufgestellt ist um Katastrophen zu bewältigen, lesen Sie in diesem Heft.

In diesem Sinne wünscht Ihnen die VKÖ ein katastrophenloses Weihnachtsfest.

Richard Benda,  
Präsident



ausgabe  
06/15

### splitter

Nationale und Internationale Meldungen ..... 5

### vkö

95 Jahre – jung und dynamisch ..... 6

### top thema

Vor dem „Tag X“ ..... 9

Katastrophenschutz in Österreich ..... 10

GO-Teams: Rasch & flexibel ..... 15

Krisen im Ausland: KUT hilft ..... 15

EKC: Jäger und Sammler ..... 15

Opfer-Identifizierung ..... 17

Auf Leben und Tod ..... 23

Militärische Assistenz ..... 27

Vorbeugen – mit der Strickleiter? ..... 29

### kommentar

Katastrophale Lösungs(in)kompetenz ..... 31

### bericht

Bildung schafft Sicherheit ..... 33

### mix

Deutschland im Blaulicht ..... 35

Kiebarett - Die Zweite ..... 35

### intern

Museum der Johann Strauss Dynastie ..... 37

Sonderausgabe kripo.at ..... 37

Ein Land – eine Kripo ..... 37

Kripo-Campus ..... 38

kripo.at-Rätsel ..... 38

*Wir wünschen allen Mitgliedern,  
Kollegen und Freunden der VKÖ  
frohe Weihnachten und  
einen guten Rutsch ins Jahr 2016*



wien

Nach ORF-Online-Interpretation ist eine Neuauflage des „Bundestrojaners“ angedacht. Das sei aus einem Gesetzesentwurf herauszulesen, mit der zwei EU-Richtlinien umgesetzt werden sollen. Dort steht: „Anordnung der Überwachung von Nachrichten, die im Wege eines Computersystems übermittelt werden“. Laut Justizministerium ist es ein Rohentwurf, der Schadsoftware-Einsatz sei nicht vorgesehen. (Quelle: [www.fm4.orf.at](http://www.fm4.orf.at))



wien

Hofrat i.R. Dr. Günther Marek, von 1986 bis 2002 Vizepräsident der Bundespolizeidirektion Wien, ist am 13. November überraschend gestorben. Per Presseaussendung wurden Mareks Verdienste und seine Rolle als Brückenbauer gelobt. Die große Leidenschaft des 77-Jährigen war der Sport, Marek war Präsident des österreichischen und europäischen Polizei-Sportverbandes. (Quelle: LPD-Wien-Presseaussendung Nr: 245463)



düsseldorf

Wegen mehrerer Einbrüche soll ein 42-jähriger Serbe 13 Monaten in Haft. Das Urteil wackelt jedoch, weil das serbische Generalkonsulat bestätigte, was zuvor angezweifelt worden war: Der Mann hat einen eineiigen Zwillingbruder. Somit müsste ein Speziallabor die den leugnenden Angeklagten belastenden DNA-Proben analysieren. Kostenpunkt: 60.000 Euro. Gegen den Mann laufen noch weitere Strafverfahren.

(Quelle: [www.rp-online.de](http://www.rp-online.de))

medellin

Dass sie Frauen intensiv auf den Busen schauen, hat bei Drogenfahndern mitunter einen guten Grund: Neuerdings wird vermehrt Kokain in Brustimplantaten geschmuggelt. Einer 31-jährigen Mexikanerin sind zuletzt in Kolumbien 1,4 Kilo flüssiges Koks aus der Oberweite geholt worden. In einem ähnlichen Fall hat die spanische Polizei im Vorjahr die notwendige Operation sogar gefilmt und das Video veröffentlicht. (Quelle: [www.laprensa.hn](http://www.laprensa.hn))



los angeles

Oscar-Preisträger und Brutalo-Regisseur Quentin Tarantino hat es sich mit der Polizei angelegt. Weil sie sich von ihm bei einer Demonstration gegen Polizeigewalt pauschal als Mörder verunglimpft fühlen, hat etwa der Berufsverband „Fraternal Order of Police“, der 325.000 US-Cops vertritt, zum Boykott des neusten Tarantino-Films „The Heightful Eight“ aufgerufen, der zu Weihnachten anläuft.

(Quelle: [www.latimes.com](http://www.latimes.com))





Präsident Benda überreicht Mag. Seyrl das VKÖ-Buch 70 Jahre Polizei

## 95 Jahre – jung und dynamisch

*Sie ist schon eine außergewöhnliche Organisation. Mit einem Namen gegründet, den es offiziell noch gar nicht gab, älter als ein Menschenleben, totgesagt, auferstanden und trotz ihres Alters zukunftsorientiert – das ist die „Vereinigung Kriminaldienst Österreich“, kurz VKÖ.*

**E**s war eine bewegte Zeit, das Jahr 1920. Die k. u. k. Doppelmonarchie aufgelöst, Österreich zu einem Kleinstaat geschrumpft, die Wirtschaft am Boden, immense Preissteigerungen ließen die Bevölkerung verarmen und hungern. Die Polizisten dieser Tage hatten kein einfaches Leben. Häufig selbst an der Armutsgrenze, rechtlos und der Willkür der abgehobenen Führungsschicht ausgeliefert, mussten sie trotzdem Unruhen und Hungerrevolten beenden. Jede auch nur gewerkschaftsähnliche Verbindung war untersagt.

Kaum als im März 1919 das Verbot für Polizeibeamte gefallen war, gründeten mutige Polizisten die „Freie Vereinigung der Wiener Sicherheitswache

und Polizeiagenten“. Mit 31. Dezember 1920 verselbstständigten sich die Kriminalbeamten und gründeten die „Freie Vereinigung der Wiener Kriminalbeamten“, die Vorläuferorganisation der VKÖ.

- Bildung und Wissen unter den Kriminalbeamten fördern,
- soziale Härtefälle abmildern,
- der Willkür der Dienstvorgesetzten entgegenzutreten,
- das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kriminalbeamten zu stärken

waren die Ziele. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ungeachtet der Verhältnisse hat die „Vereinigung“ den Kriminaldienst seit seiner Gründung, wenn auch mit unterschiedlichen

Namen, begleitet und ist ein Stück Polizeigeschichte. Ihre Tätigkeit war unterschiedlich, ihr Einfluss einmal größer, einmal kleiner, aber sie war immer das Sprachrohr des Kriminaldienstes.

„Ein Blick in die Vergangenheit hat nur Sinn, wenn er der Zukunft dient“ meinte einst Konrad Adenauer. Für die „Vereinigung“ war daher die Festveranstaltung am 4. November im Festsaal der LPD-Wien nicht nur als Rückblick in die eigene Geschichte, sondern auch als Denkanstoß für die Zukunft gedacht.

Landespolizeivizepräsident General Karl Mahrer legte bei seinem Eröffnungsvortrag ein klares Bekenntnis für den Kri-



Ein bayerisches Grenzschild als Mitbringsel des BdK



Dr. Herbert Anderl, ehemaliger GD, bei seinem Festvortrag

minaldienst und seine Wichtigkeit ab. Dabei sparte er die schwierige Situation, in der sich der Polizeidienst aktuell befindet, nicht aus. Mahrer verwies darauf, dass die Polizei schon schwerere Zeiten gemeistert hat und sieht trotz der allgemeinen Belastung keinen Grund zur Resignation. Sein Appell, die derzeitigen Probleme gemeinsam zu lösen, blieb hoffentlich nicht ungehört.

Mag. Harald Seyrl, Kustos des Kriminalmuseums Wien und Historiker, eröffnete den Reigen der historischen Vorträge. Vor allem seine Ausführungen über die prägende Ära Holoauebek riefen bei vielen ergrauten Kollegen Erinnerungen hervor.

Ein fast unbekanntes Kapitel der österreichischen Polizeigeschichte schlug Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann auf. Niemand anderer kann über die kurze Periode des polizeilichen Hilfsdienstes, der schon im April 1945 begann, also noch bevor es eine Regierung gab, so viel sagen wie er, ist er doch der Sohn des ersten Wiener Polizeichefs. Bei seiner Power-Point-Präsentation zeigte historische Dokumente

(z.B. der Polizeiausweis Nr. 1 seines Vaters) waren weitgehend unbekannt.

Der ehemalige Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit, Dr. Herbert Anderl, streute der Polizei (besonders dem Kriminaldienst) Rosen. Auch er entstammt einer Polizistenfamilie, kennt den Dienst von der Pike auf und brachte es bis zum höchsten Sicherheitsbeamten der Republik. Anderl gelang auch die Überleitung in die Zukunft. Seine Ideen (z.B. Doppelbesetzung von Dienstposten bei anstehender Pensionierung, um den Wissensverlust zu begrenzen) wären es Wert aufgegriffen und als Forderung eingebracht zu werden.

General Karl Mahrer im Gespräch mit Max Edelbacher



Oberösterreichische und steirische Funktionäre in einer Pause

Einleitung und Ausklang übernahm die Polizeimusik Wien



# Vor dem „Tag X“

*Mehr als 400 Einrichtungen gelten in Österreich ob ihrer kritischen Infrastruktur als potenziell gefährdet und schutzwürdig. Von ihrem reibungslosen Funktionieren ist unsere Gesellschaft mehr abhängig denn je.*

**S**tell dir vor, es geht das Licht aus, sag was würdest du dann tun?

Was 1952 im Franz-Antel-Film „Hallo Dienstmann“ in romantischer Heurigen-glückseligkeit besungen wird, ist die eine Sache. Dieselbe Frage im Zusammenhang mit Schreckensszenarien, die zu einer Katastrophe (samt Blackout) führen können, eine ganz andere. Während Einrichtungen wie Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und Zivilschutz auf Prävention setzen, müssen Blaulichtorganisationen für den „Tag X“ und dessen Folgen gerüstet sein.

Die EU hat Ende 2005 begonnen, sich Sorgen um die kritische Infrastruktur ihrer Mitgliedsstaaten zu machen und EPCIP\* erstellt, woraus 2008 in Österreich der „Masterplan APCIP“<sup>\*\*</sup> entstanden ist. Fünf Jahre später war die Identifikation der Unternehmen und Organisationen von strategischer Bedeutung hierzulande abgeschlossen. Der Katalog umfasst mehr als

400 Einrichtungen mit einer Vielzahl an Objekten, deren Infrastruktur als kritisch bzw. (besonders) schützenswert eingestuft wird, rund 80 Prozent davon sind in privater Hand.

Was in Zeiten des Kalten Krieges Aufgabe des Bundesheeres war, ist seither in der BVT-Abteilung 3 (Personen- und Objektschutz) angesiedelt, wo das Referat „Schutz kritischer Infrastruktur“ eingerichtet wurde. Dessen Leiterin, die 29-jährige Informatikerin, Juristin und „gelernte“ Polizistin Sylvia Mayer, führt die Fäden zwischen Behörden und betroffenen Einrichtungen zusammen, man versteht sich als Informationsdrehzscheibe. Für den unmittelbaren (vorbeugenden) Objektschutz – einschließlich regelmäßiger Erhebung relevanter Aspekte bezüglich der Einsatzvorbereitung – sind die Landesämter zuständig. Seit 2014 ist die Aufgabenstellung rechtlich geregelt (§ 22 SPG).

Die Szenarien, auf die man sich vorbereitet, die tunlichst verhindert bzw. deren Auswirkungen zumindest in Grenzen gehalten werden sollen, sind vielfältig.

Sie umfassen das Risiko krimineller Akte und terroristischer Anschläge ebenso wie Naturgefahren, von Menschen verursachte Katastrophen und technisches Versagen. So mannigfaltig die Gefahren, so unterschiedlich sind potenziell Betroffene: Dazu zählen Energie-, Wasser- und Lebensmittelversorger, der Finanzsektor, Internet- und Mobilfunkbetreiber, das Gesundheitswesen samt Pharmaindustrie sowie der öffentliche Verkehr, aber auch Hilfs- und Einsatzorganisationen. Als extrem heikel gilt alles, was mit dem IT-Sektor zu tun hat.

Abseits von Kommunikation, Kooperation und Koordination kommt regelmäßigen gemeinsamen (Groß-)Übungen ein bedeutender Stellenwert zu. Dabei wird das Zusammenspiel der eingesetzten Organisationen – etwa mit dem Bundesheer im Rahmen eines Assistenzeinsatz (siehe Bericht auf Seite 27) – getestet sowie (kriminal-)polizeiliche Maßnahmen, wie der Einsatz von DVI-Teams (Seite 17) auf die Probe gestellt.

\*/\*\* European/Austrian Program for Critical Infrastructure Protection



# Katastrophenschutz in Österreich

*Das Katastrophenwesen in seiner Gesamtheit und der Schutz vor Schadenseintritten stellt in Österreich eine Querschnittsmaterie dar. Vor diesem Hintergrund wird ein Überblick zum Katastrophenschutzwesen mit Schwerpunkt Naturgefahren („natural disaster“) und industriellen Gefahren (als Teil von „man made disaster“) gegeben.*

**K**atastrophenschutz ist in Österreich Aufgabe der Länder und wesentliche Akteure dabei sind nicht nur die zuständigen Behörden wie die Gemeinden/Bürgermeister, Bezirkshauptleute und Landesregierungen, sondern auch jene (zumeist von Freiwilligen getragenen) Organisationen und Institutionen, die die operative Last im Rettungs- und Katastrophenschutzwesen tragen. Nämlich die (Freiwilligen) Rettungsorganisationen und die (Freiwilligen) Feuerwehren. Aber auch in weiteren (spezifischen) Materien und Aufgabenbereichen wie Bergbau-, Gesundheits- und Verkehrswesen sowie der Bereich der Wasserstraßen, der Begrenzung industrieller Gefahren, der Luftfahrt, dem Schutz vor nuklearen, chemischen und bakteriologischen Gefahren und der Wildbachverbauung - um nur die Wesentlichsten zu nennen - gilt es, Gefahrenpotential zu erkennen und Vorsorge zur möglichen Hintanhaltung und zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen zu treffen. All diese Verantwortlichkeiten und Erfahrungen sind in ein gesamtstaatliches gemeinsames und koordiniertes Agieren einzubetten.



Bild: www.polizei.gv.at

### Nationale Risikoanalyse

Aufgrund der Erfahrungen aus den Ereignissen von Tschernobyl wurde bereits im Jahr 1986 durch Ministerratsbeschluss ein Staatliches Krisenmanagement beim Bundeskanzleramt eingerichtet. Durch eine BMG-Novelle ging die Zuständigkeit für die Koordination in Angelegenheiten des Staatlichen Krisenmanagements und die internationale Katastrophenhilfe per 1. Mai 2003 auf das Bundesministerium für Inneres (BM.I) über. Seit Mai 2003 obliegt daher die Koordination des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) ebenso wie die internationale Katastrophenhilfe dem BM.I.

Am 20. Jänner 2004 wurde durch die Bundesregierung mit Ministerratsbeschluss ein neues organisatorisches Konzept für das SKKM im BM.I beschlossen. Dieses berücksichtigt die veränderten Rahmenbedingungen für das Krisenmanagement seit seiner erstmaligen Einrichtung. Es sieht

vor allem eine Vereinfachung der Strukturen und eine Verbesserung in der Ablauforganisation vor. Beim BM.I wurde daher ein Koordinationsausschuss für Angelegenheiten des SKKM eingerichtet. Im Koordinationsausschuss sind das BKA, das BMEIA, das BMF, das BMLFUW, das BMLVS und das BMG, das BM.I sowie - abhängig vom jeweiligen Anlassfall - die weiteren Bundesministerien, weiters grundsätzlich die Länder, sodann die Einsatzorganisationen (insbesondere ÖBFV und ÖRK) sowie gegebenenfalls Vertreter des ORF und der Austria Presse Agentur (als jeweilige „Leitmedien“) vertreten.

### Kooperation und Koordination

Auf Basis eines „Gemeinschaftskonzeptes zur Verhütung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen“ der Europäische Union, Rat Justiz und Inneres, aus 2009 hat die Europäische Kommission im Jahr 2010 die Mitgliedsstaaten aufgefordert, natio-

nale Risikoanalysen durchzuführen. Unter koordinativer Leitung des BM.I und unter Einbindung der im SKKM vertretenen Ministerien und der Bundesländer wurde in weiterer Folge in einer eigenen Fachgruppe „Risikoanalyse“ bis 2014 ein umfangreicher status quo erstellt, der den österreichischen Weg zur Erstellung einer Nationalen Risikoanalyse beschreibt. Das österreichische Ergebnis wurde Ende 2014 vom Ministerrat beschlossen und in weiterer Folge der Europäischen Kommission übermittelt. Diese Risikoanalyse stellt auf nationaler Ebene eine Gesamtbetrachtung der für Österreich erkannten und antizipierten Risiken dar; in einem permanenten gesamtheitlichen Prozess muss die Analyse dabei auf regionaler und lokaler Ebene einer Spezifizierung zugeführt werden und hat umgekehrt Erkenntnisse und Erfahrungen dieser Ebenen in die Gesamtbetrachtung aufzunehmen. Die Risikoanalyse umfasst dabei „natural and man made disaster“; für diesen Beitrag bleiben die von Menschen vorsätzlich herbeigeführten und sich in Österreich realisierenden oder auf Österreich auswirkenden Gefahrenbereiche unberührt. Der gesamte Prozess mündet in der Feststellung der Risikomanagementfähigkeit, also der Beurteilung der Fähigkeit des Gesamtstaates oder von Regionen zur Bewältigung oder Minimierung von oder Anpassung an erkannte wesentliche Risiken.

Bereits das in den vorangegangenen Abschnitten dargestellte Prozedere veranschaulicht, dass bei Naturkatastrophen und technischen Gefahrenmomenten nicht in jährlichen Zyklen gehandelt und beurteilt wird; vielmehr stellen eine derartige Analyse, die Betrachtung der Risiken, die Erfassung von möglichen Gegenstrategien oder die Herausforderungen einer Anpassung einen mehrjährigen Prozess dar. Die bisherigen Erkenntnisse der österreichischen Risikoanalyse gehen davon aus, dass im Bereich der Naturereignisse

- Extremwetterlagen (Starkregen, Hitze, Kälte, Hagel),



- Hochwasser,
- Lawinen, im Bereich von technischen Ereignissen
- Verkehrsunfälle,
- Industrieunfälle, und im Bereich von grenzüberschreitenden Ereignissen
- insbesondere Pandemien

für Österreich das größte Risikopotential in sich bergen; hierbei wurde einerseits auf in Österreich in der Vergangenheit bereits realisierte Ereignisse Bezug genommen (hier wiederum auf die Zahl der Todesopfer und die Schadenssummen im öffentlichen Bereich/an öffentlichen Einrichtungen), andererseits wurden mögliche künftige Entwicklungen mit einbezogen. Hinsichtlich des allgemeinen Risikopotentials ist anzumerken, dass der gesellschaftliche Trend zum urbanen Leben und damit der Verstärkung der Bevölkerungskonzentration in Ballungsgebieten unvermindert anhält. Die versorgungstechnische erhöhte Abhängigkeit derartiger Gesellschaften gegenüber ländlichen Regionen ist offenkundig; kurzfristige partielle und lokale Versorgungsausfälle können kompensiert werden, längerfristige großflächige Versorgungsausfälle werden aber im städtischen Bereich rascher zu Instabilität und sozialen Spannungen führen. Der Ausfallsicherheit und den Redundanzen kommt daher im urbanen Bereich erhöhte Bedeutung zu.

Hinsichtlich grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren hat die Weltgemeinschaft am Beispiel Ebola – als eine von vielen infektiösen Krankheiten – erkannt, dass gemeinsames, rasches und vorzeitiges Agieren von entscheidender Bedeutung ist. Angesichts der Zunahme bzw. des Fortdauerns von Krisen- und Konfliktherden im Nahbereich von Europa, angesichts des Umstandes, dass in diesen Regionen infektiöse Krankheiten häufig(er) anzutreffen sind, und angesichts der bestehenden verkehrs- und kommunikationstechnischen Möglichkeiten unserer Zeit stellen derartige Gesundheitsbeeinträchtigungen im Rahmen der Migration, aber auch im weiteren Sinn im

Rahmen des Tourismus weiterhin ein Risiko auf erhöhtem Niveau dar. Der im Aufbau befindlichen verstärkten Vernetzung im Gesundheitswesen auf internationaler Ebene und der Erkenntnis, dass sich – auch nationale - Gesundheitsbehörden nicht nur der medizinischen Versorgung sondern auch dem operativ-behördlichen Management zu widmen haben, kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Hinsichtlich der klassischen Naturgefahren kann sich Österreich als ein in der



*Gastautor Mag. Robert Stocker*

Bewältigung von Hochwässern oder Lawenschutz erfahrenes Land bezeichnen, das sich auch in der Prävention auf hohem Niveau wieder findet.

Die Ereignisse der vergangenen Jahre wie Hochwässer, aber auch die auf Grund des Klimawandels zu erwartenden Veränderungen (etwa Gletscherschmelze, etwa vermehrtes und zeitgleiches lokales/regionales Auftreten von mesoskaligen konvektiven Systemen, also lokalen Unwetterstürmen, oder etwa Hitzeperioden) zeigen uns aber auch, dass Flächenwidmungen zu überdenken sind und dass wir uns auf eine Häufung von Extremwetterereignissen einzustellen haben.

Für bestimmte Regionen und Branchen oder Bereiche der Landwirtschaft mag diese Wetterveränderung durchaus auch Vorteile bringen; große lang anhaltende Hitze (und damit einhergehende Trockenperioden) sind aber statistisch jene Ereignisse, bei denen direkt und indirekt die meisten Menschen (etwa be-

reits geschwächte Personen oder Personen, die die körperliche Hitzebelastung unterschätzen) zu Schaden und zu Tode kommen. Diese Ereignisse bergen im Bereich der Naturkatastrophen das für Österreich aus momentaner Sicht größte Katastrophenpotential, auch wenn sie in der Öffentlichkeit weniger deutlich wahrgenommen werden als jene sich in einem Moment bzw. einem kurzen Zeitraum realisierenden Katastrophen.

Der Eigenvorsorge kommt angesichts dieser Szenariomöglichkeiten – insbesondere in Reflexion der Auswirkungen durch längerfristige Hitze/Trockenheit und großflächigen technischen Versorgungsausfällen - und unter den hier geschilderten Rahmenbedingungen besondere Bedeutung zu.

### Appell

Wir möchten daher diese Beurteilung mit dem Appell zur verstärkten Eigenvorsorge beschließen: Jeder Haushalt und jeder Gewerbebetrieb sollte für sich autonom in der Lage sein, die Eigenvorsorge über einen Zeitraum von 3 Tagen bis zu einer Woche sicherstellen zu können; diese Selbstversorgungsfähigkeit umfasst etwa ausreichende Wasserversorgung, lagerfähige Nahrungsmittel, Heizmaterial, Medikation, Treibstoff/Energie für nötige Transportbewegungen, autonome Kommunikations- und Empfangsmöglichkeiten und –mittel, einen allenfalls nötigen Energievorrat zur Erhaltung wichtiger Systeme und möglicherweise auch Tiernahrung.

Mit einem derartigen Ansatz könnte unser Bewusstsein im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutzes mit neuem und unserer modernen Zeit angepassten Leben erfüllt werden.

- Mag. Siegfried Jachs
- Mag. Robert Stocker, MBA

## GO-Teams: Rasch & flexibel

Um Österreicher bei Katastrophen im Ausland zu versorgen, ihnen zu helfen oder sie heimzuholen, wurden „GO-Teams“ geschaffen. Die Teams sind keine Organisationseinheit, sie werden dem Einsatz gemäß zusammengesetzt. Koordiniert werden sie, nach Anforderung des Außenamts, von der Abteilung II/2/c im BMI. Per Erlass ist auch die Entsendung durch die Kommunikationsabteilung des BMI möglich. Die Mitglieder werden von BK und BVT sowie der DSE (Direktion für Spezialeinheiten/EKO Cobra) gestellt.

GO-Teams müssen binnen vier Stunden in der Lage sein, das nächste Transportmittel in das Krisengebiet zu erreichen. Für sie stehen in mehreren Dienststellen Notfallkoffer bereit. Sie enthalten unter anderem ärztliche Geräte, ein Satellitentelefon und Bargeld, um am Einsatzort liquid zu sein. Die Anzahl der Mitglieder hängt von den Erfordernissen ab. So wurden 2011 nach dem Tsunami in Japan mehrere Fachleute, ein Cobra-Mann und ein Strahlenschutzexperte entsandt. Üblicherweise besteht ein GO-Team aus einem Arzt und einem Notfallsanitäter.

Eingesetzt wurden GO-Teams schon öfter, z.B. 2002 nach dem Anschlag auf ein Theater in Moskau und 2004 beim Tsunami in Ostasien. Prinzipiell nicht eingesetzt werden sie in Kriegsgebieten, denn sie sind unbewaffnet.

## Krisen im Ausland: KUT hilft

Bei Unruhen sind auch Botschaften und andere Vertretungsbehörden nicht sakrosankt. Falls Österreicher in derart brisanten Situationen gefährdet sind, werden als Vorsorgemaßnahme und zu Erkundungsmissionen „Krisenunterstützungsteams“ (kurz: KUT) losgeschickt. Sie beraten die Betroffenen, erstellen und bewerten Schutzmaßnahmen und analysieren mögliche Auswirkungen auf Österreich und helfen gegebenenfalls bei der Evakuierung. Das Ansuchen um Entsendung eines KUT stellt das Außenministerium. Den Einsatzbefehl gibt ein interministerieller Krisenstab, bei dem der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit den Vorsitz führt.

Je nach Lage im Zielland werden die KUT aus Vertretern von Außen-, Verteidigungs- und Innenministerium zusammengesetzt. Vom BMI werden üblicherweise ein oder mehrere Cobra-Beamte entsendet. Weitere KUT-Mitglieder sind häufig Angehörige des BVT oder einer Einsatzeinheit. Die KUT-Angehörigen genießen als Sicherheitsattaché diplomatischen Status, sie sind mit Diplomatenpässen ausgestattet. Sofern es das Zielland genehmigt, sind die Beamten bewaffnet. Sie werden, im Gegensatz zu den GO-Teams, auch in Ländern mit Kriegshandlungen eingesetzt. Die KUT sind aber keinesfalls als Eingreiftruppe nach militärischem Muster vorgesehen.

Bild: polizeijuristen.at



Lagebesprechung im EKC

## EKC: Jäger und Sammler

Wien, Minoritenplatz 9: Hier, im zweiten Stock, wird rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr, über alle polizeilich relevanten Ereignisse gewacht. Abseits der Routine: Die Einsatz-, Krisen- und Katastrophenkoordination für den Fall der Fälle, den „Tag X“, permanent aufrecht halten.

Wie die Mitarbeiter des Einsatz- und Koordinationscenters (EKC) mitunter scherzhaft zu sagen pflegen, versteht man sich als „Jäger und Sammler“. Als „Beute“ gelten alle nur möglichen (Hintergrund-)Informationen, die für die Sicherheit der Republik Österreich von Bedeutung sein könnten. Im Normalbetrieb werden vom jeweiligen Permanenzdienst Rapporte für Generaldirektor und Ministerin erstellt, taucht am Radar eine mögliche Krise auf, wird sinnbildlich (und notfalls auch förmlich) der Alarmknopf gedrückt. Denn das EKC fungiert zugleich als Bundeswarnzentrale, über die – etwa im Fall eines atomaren Unglücks – die österreichweit 8.203 Sirenen ausgelöst werden können, auf die auch die Bezirks- und Landswarnzentralen in ihrem Bereich Zugriff haben.

Anlassbezogen werden Krisen- bzw. Einsatz- und/oder Führungsstäbe einberufen. So ein Stab ist etwa (außerhalb des EKC) derzeit zur Koordination der Flüchtlingskrise eingerichtet, zuletzt wurde anlässlich der Terroranschläge in Paris – in Abstimmung mit dem BVT – Alarm gegeben. In so einer Situation hat die Versorgung aller Entscheidungsträger des Ressorts mit bedeutsamen Informationen Priorität, zugleich wird mit anderen Ministerien und Organisationen sowie dem Kanzleramt Kontakt gehalten, so deren Vertreter nicht ohnedies bereits mit am Tisch sitzen.

Das EKC wurde im Jahr 2006 eingerichtet und hat die Aufgaben der verschiedenen Journaldienste im Innenministerium übernommen. Es ist in der von Mag. Robert Stocker geführten „Abteilung II/13“ Bestandteil der Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit. Untergliedert ist die Abteilung in die Referate

- a) „staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement sowie Zivilschutz“ (Leitung: Mag. Siegfried Jachs),
- b) „internationale Krisen- und Katastrophenschutzangelegenheiten“ (Mag. Karin Zettelmann) und eben das
- c) „Einsatz- und Koordinationscenter“ selbst (Oberst Wolfgang Nicham).



## Opfer-Identifizierung

*Wenn es zu einem katastrophalen Ereignis kommt, dann schlägt dem DVI-Team die Stunde: Das „Disaster-Victim-Identification“-Team hat die Opfer zu identifizieren. Die Flüchtlingstragödie im Burgenland hat den ersten Einsatz auf heimischem Boden ausgelöst; mit Erfolg. 70 der 71 Toten haben Namen bekommen.*

Im amtlichen Sprachgebrauch nennt man das, was hoffentlich nicht Realität wird, womit DVI-Experten aber jederzeit rechnen müssen, „Großschadenslage“. In Österreich hat man sich unter den Eindrücken der Katastrophe von Galtür/Valzura und dem Tauerntunnelbrand (beides 1999) sowie dem Inferno in Kaprun (2000) zur Gründung dieser Spezialisten-Truppe entschlossen. 2002 wurde das Abkommen mit Interpol geschlossen, seither müssen relevante Fälle nach dem Leitfaden bearbeitet werden. Das Handbuch steht zum Download zur Verfügung ([www.interpol.int/INTERPOL-expertise/Forensics/DVI](http://www.interpol.int/INTERPOL-expertise/Forensics/DVI)).

Das DVI-Gründungsteam bestand aus vier Mann, nun sind es 236, alleamt Freiwillige. Das Gros stellen Erkennungsdienstler und Ermittler, aber auch IT-Experten und externe Fachleute wie Gerichts- und Zahnmediziner gehören der milizartig organisierten Truppe an. International gefordert war das „DVI-Team-Austria“ erst- und bislang einmalig 2004/05,

als es mit 13 Leuten in den belastenden Tsunami-Einsatz nach Südost-Asien ging.

Hierzulande war man ausschließlich im Rahmen von Übungen und kleineren Unglücksfällen aktiv, die gemäß der Richtlinie von den DVI-Leuten der Landeskriminalämter aufbereitet wurden. Am 27. August 2015 war aber Schluss mit Theorie und Manövergeplänkel: Die Flüchtlingstragödie an der A4 bei Parndorf machte die Aktivierung des nationalen DVI-Plans notwendig. Immerhin gab es 71 Tote – unbekannte Ausländer, die Leichen auf der engen Landfläche angesichts der Hitze bereits im Stadium der fortgeschrittenen Verwesung...

„Anfangs gehört eine gewisse Chaosphase dazu“, räumt Oberst Harald Stöckl ein. Er ist in der Einsatzabteilung im Innenministerium (Referat II/2/a – Exekutivdienst) für DVI-Belange zuständig. Eine der Lehren, die bereits gezogen wurden: Es werden Kühlcontainer organisiert, da es an geeigneter Lagerkapazität für

Leichen(teile) hapert. „Unsere Vorgabe ist es, auf ein Unglück in Flugzeuggröße vorbereitet zu sein. Und es macht einen Unterschied, ob etwas bei 22 Grad passiert oder bei 33“, sagt Stöckl. Dass Nachbesserung immer sein kann, ist für ihn eine durchaus positive Erkenntnis. So zeigte sich, dass die notwendige (und nicht eben billige) Software „Plass-Data“ erneuert werden muss, bei den Abläufen gilt es nachzuschärfen. Insgesamt ist das Ergebnis ausgezeichnet, haben doch 69 der 71 Toten sozusagen einen Namen bekommen, ein weiteres Opfer gilt als zu 99 % identifiziert. Die Identifizierungen erfolgen gemäß dem Sicherheitspolizeigesetz, sie sollen Rechtssicherheit, etwa in Erbschaftsfragen, schaffen.

„Die Kollegen haben unter extrem schwierigen und belastenden Bedingungen hervorragende Arbeit geleistet“, lobt Stöckl das Team um den (neuen) Leiter des LKA Burgenland, Oberst Ernst Schuch. Ihm bzw. Chefinspektor Christian Rosenich war ein bis 35-köpfiges Team

von Kollegen aus NÖ, OÖ, Vorarlberg und Wien zugeteilt.

Primäre Aufgabe war es, sogenannte „Post-Mortem-Daten“ (PM) an den unbekanntem Leichen festzustellen. Das sind alle persönlichen Merkmale, die daktyloskopisch, gerichts- bzw. zahnmedizinisch oder molekulargenetisch gesichert werden können. Diese Erkenntnisse werden dann mit „Ante-Mortem-Daten“ (AM) abgeglichen, die freilich erst eingeholt sein wollen, wozu es wiederum eines Verdachts bedarf, um wen es sich handeln könnte. Alle Daten werden mittels spezieller Software (Plass-Data) erfasst. Dem Zentralen Erkennungsdienst im .BK (Büro 6.1) kommt parallel dazu eine wichtige Schnittstellenfunktion zu: „Bei uns sind AFIS\* und die DNA-Datenbank angesiedelt, über die die nationalen und internationalen Abgleiche erfolgen“, erklärt Büroleiter Gerhard Ranftl.

Die Aufgabenstellung im Team ist streng verteilt. Vorrangig ist eine exakte Dokumentation, wofür Spezialausrüstung zur Verfügung steht, etwa eine 3D-Kamera. Es ist festgelegt, wer PM-Daten sichert,

\* Automationsunterstütztes Fingerabdruckidentifikationssystem

wer AM-Daten einholt, wer sich um „Streugut“ kümmert, wer alles katalogisiert. „Wir hatten bis zu 18 Leute im PM-Bereich, die von der Bergung in Schutzanzügen bis zur gleichzeitigen Obduktion an drei Tischen dabei waren, sowie 15 Kollegen im AM-Bereich eingesetzt“, schildert Chefin-spektor Rosenich. Er hat auf dem verkürzten Dienstweg ein DNA-Labor in Teheran ausgemacht, von wo Proben möglicher Angehöriger via DHL-Express nach Österreich geschickt wurden. In einem anderen Fall glaubte Rosenich, ein Opfer auf „Facebook“ erkannt zu haben. Um mit dessen „besten Freund“ in Kontakt zu kommen, hat er im Sozialen Netzwerk insgesamt rund sechs Stunden auf den ihm Unbekannten eingeredet – und letztendlich die Bestätigung zu bekommen.

Als erkennungsdienstlich relevant hat sich im „Fall Parndorf“ auch ein nahezu in Vergessenheit geratener Aspekt erwiesen: Tätowierungen. So konnte eines der Opfer anhand eines tätowierten Notenschlüssels identifiziert werden. Bei vielen anderen waren es Smartphones bzw. darauf gespeicherte Fotos in Kombination mit Sozialen Netzwerken, die die Ermittler auf die letztendlich richtige Spur geführt haben. „Diesem Umstand werden wir in

unseren Konzepten Rechnung tragen“, so Oberst Stöckl.

„Die Umstände und Anforderungen sind in jedem Fall anders“, weiß Stöckl. In Parndorf war der Ort des Geschehens überschaubar, beim selbstmörderischen Absturz eines Flugzeugs in den französischen Alpen war er das nicht, wenngleich man dort zumindest anhand der Passagierliste die Namen der 150 Opfer kannte. Deren Überreste mussten im alpinen Gelände aber erst gefunden und zugeordnet werden.

• [peter.grolig@kripo.at](mailto:peter.grolig@kripo.at)



Bild oben: DVI-Teams sind oft hohen Anstrengungen ausgesetzt

Bild unten: Die Kaprun-Katastrophe war der Anlass zur Gründung von DVI-Teams





# Auf Leben und Tod

*Paris, 14. November 2015, 21.40 Uhr: Terroristen dringen in den Konzertsaal Bataclan ein und töten in den nächsten Minuten 89 Menschen. Hunderte Verletzte liegen in ihrem Blut, vorher und nachher kommt es auch an anderen Plätzen zu mörderischen Attentaten – Szenarien einer Katastrophe. In so einer Lage muss, um jene zu retten, die eine Überlebenschance haben, methodisch vorgegangen werden.*

**B**ei Terroranschlägen, Großunfällen, in Kriegszeiten oder bei Katastrophen sonstiger Art sind Verletzte, Schwerverletzte, Sterbende und Tote unvermeidbar. Es ist eine unausweichliche Notwendigkeit zu entscheiden, wem welche Hilfe aus den meist knappen Ressourcen zuteil wird. Im schlimmsten Fall heißt das, dass Sterbende ohne Hilfe bleiben, um Menschen, die noch zu retten sind, eine Überlebenschance zu geben. Keine angenehme Aufgabe, denn es wird über Leben und Tod entschieden. Völlig klar, dass zuerst Lebende gerettet und Tote später geborgen werden. Aber wem wird zuerst geholfen? Wer muss warten? Die Antwort heißt: Triage, ein Begriff, der im französischen Sanitätsdienst eingeführt, zwischenzeitlich weltweit verwendet wird und für Auswahl, Transport, Behandlung steht.

Die Ursprünge der Triage liegen in der Zeit der napoleonischen Kriege. Der französische Arzt Dominique Jean Lar-

rey praktizierte ein System der schnellen Klassifikation von Verwundeten, wodurch er größere Erfolge erzielte als seine Kollegen, die die ankommenden Opfer einfach der Reihe nach behandelten. Der russische Chirurg Nikolai Iwanowitsch Pirogow entwickelte ein System, um während des Krimkrieges Ordnung in die überfüllten Verbandsplätze zu bringen. Er teilte die Verletzten in fünf Kategorien ein, die nach diesem Schema behandelt wurden. Nach und nach übernahmen auch andere Armeen Europas die Triage. Später wurde sie auch bei der Abwicklung ziviler Katastrophen angewendet.

Die medizinische Triage (zwischenzeitlich wird auch für polizeiliche Vorgänge ähnlicher Art die Bezeichnung verwendet) ist kein Fixpunkt, der, einmal durchgeführt, unumstößlich ist. Triage ist ein dynamischer Prozess. Der Triageleiter überprüft permanent den Gesundheitszustand eines Verletzten, denn der kann sich ja auch laufend ändern. Erhebt sich die Frage, wer ist das nun,

der möglicherweise über Leben und Tod entscheidet? Klar, dass es im medizinischen Bereich ein Arzt ist, es ist jener, der als Erster am Ort des Geschehens eintrifft. Er gibt aber seine Aufgabe, die Bergungssichtung oder Pre-Triage, an einen anderen Arzt ab, der besser über die Materie Bescheid weiß (z.B. Notarzt, Unfallmediziner), falls einer am Ort des Geschehens eintrifft. Mit anderen Worten: Es gibt keine fixe Triagekommission, die einberufen wird, und auch keinen nominellen Leiter. Es bedarf keiner förmlichen Bestellung. Im Prinzip stellt sich der erste eingetretene Arzt selbst der Aufgabe.

Üblicherweise wird im Katastrophenfall die Notrufzentrale durch eine Privatperson verständigt. In Österreich trifft in der Regel eine Blaulichtorganisation (Polizei, Feuerwehr, Rettung) am Ort des Geschehens ein und löst Katastrophenalarm aus. Nun werden weitere Rettungskräfte entsendet, am flachen Land die Ärzte des Sprengels verständigt. In Wien ist durch das dichte Netz von Rettungs-

und Notarzfahrzeugen ein gewisser Vorsprung gegeben. Bei einer größeren Katastrophe könnten auch Polizeiarzte, die übrigens alle ausgebildete Notärzte sind, einberufen werden. Die vor Ort agierenden Ärzte bestimmen sodann, wer die Pre-Triage, also die Beschau der Verletzten nach der vorgegebenen Schemata, übernimmt. Der Triageleiter hat pro Person nur 20 bis 60 Sekunden Zeit, in der er eine umfassende, aber relativ genaue Entscheidung treffen muss. Der Patient wird mit einer farbigen Karte versehen, auf der Name und Einteilung angeführt sind. Diese Karten hat das Rote Kreuz bzw. der Arbeiter Samariterbund, die bei Katastropheneinsätzen im Schadensraum führend sind (Rahmenvorschrift Großunfälle vom 16.3.2000). Erst auf Grund dieses Patientenleitsystems erfolgt die weitere Versorgung oder Behandlung durch weitere Ärzte oder Hilfspersonal.

Vorerst werden drei Triageentscheidungen getroffen:

- Priorität der Bergung (Bergetriage)
- Priorität der Behandlung (Triagestellen)
- Priorität des Transportes (Behandlungsstellen)

Bei den einzelnen Entscheidungsschritten sind weitere Unterteilungen möglich. So wird bei der Bergung entschieden, ob eine dringende Bergung notwendig ist oder zugewartet werden kann. Ähnlich ist es beim Transport, auch hier gibt es hohe und niedrige Prioritäten. Bei der Behandlung ist es etwas komplizierter, denn hier gibt es weit mehr Unterteilungen.

- Sofortbehandlung (lebensrettender Eingriff wegen akuter Lebensgefahr notwendig, ca. 20 % der Verletzten) – Kartenfarbe ROT
- Dringende Behandlung (Herstellung der Trans-

portfähigkeit, weil weitere Behandlung im Krankenhaus notwendig erscheint, ca. 20 % der Verletzten) – Kartenfarbe GELB

- Spätere, ambulante Behandlung (leicht Verletzte, ca. 40 %) – Kartenfarbe GRÜN
- Betreuende, abwartende Behandlung (Abtransport wegen geringer Überlebenschancen zurückgestellt oder Patienten können selbst den Ort verlassen) – Kartenfarbe BLAU

International üblich ist noch die Bezeichnung „Deceased“; eine Person mit Atemstillstand, selbst nach Freimachen der Atemwege, gilt als verstorben.

Positiv ist, dass alle österreichischen Ärzte auf eine Katastrophe, die eine Triage notwendig macht, vorbereitet sind. Das Fortbildungszentrum für Allgemeinmediziner hält laufend entsprechende Kurse ab und der Einsatz wird auch unter Teilnahme der Blaulichtorganisation regelmäßig geübt.

Natürlich gibt es überall Verbesserungsmöglichkeiten. Dr. Reinhard Fous,



„Niemand in Österreich ist für einen Großunfall mit 200, 300 Toten gerüstet.“  
Dr. Reinhard Fous

ehemaliger Chefarzt der Wiener Polizei, sieht vor allem im Bereich der nichtmedizinischen Triage noch Möglichkeiten. So hat sich bei Katastrophen erwiesen, dass ein Protokollant vor Ort die Nach-

arbeit wesentlich erleichtert. Natürlich steht Rettung und Bergung im Vordergrund, doch vor allem für die Identifikation von Leichen sind genauer Ort und exakte Zeit der Bergung relevant. Die Bergeteams haben naturgemäß für Administration keine Zeit und bei hunderten Verletzten ist es oft schwierig zu eruieren, wohin ein Verletzter verbracht wurde. Dr. Fous sieht die Lösung in einem einfachen numerischen Identifikationsprogramm, das vorhanden wäre, bisher aber nicht zu Anwendung kam.

- richard.benda@kripo.at

Patientenleittasche

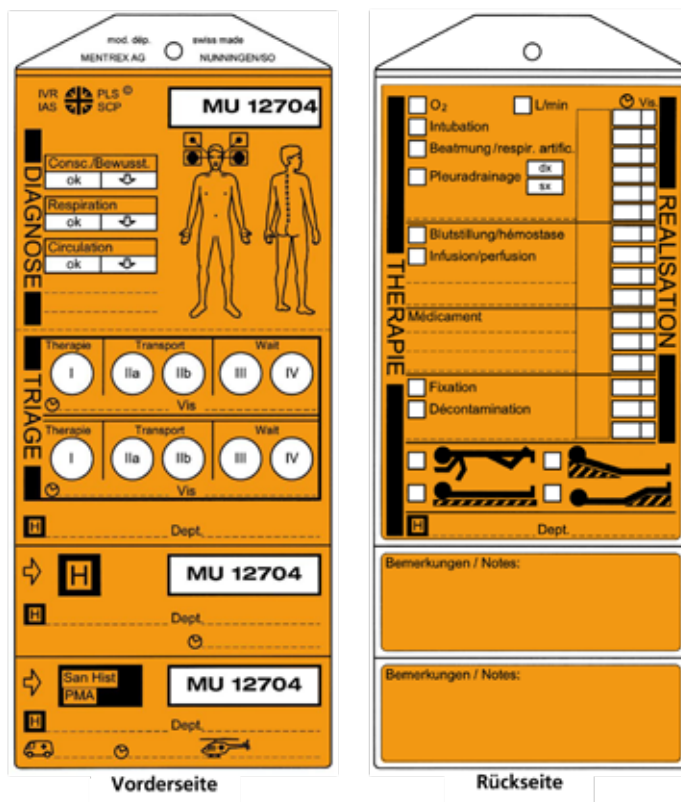




Bild: Bundesheer Christian Johannes

# Militärische Assistenz

*Für das Bundesheer sind Hilfeinsätze Routine, etwa wenn Schneemassen zur Gefahr werden oder Hochwasser eine Bedrohung für Land und Leute darstellt. Wenn Ordnung und Sicherheit auf dem Spiel stehen, rückt das Militär zum Assistenzeinsatz aus.*

**K**atastrophen- und sicherheitspolizeilicher Assistenzeinsatz sind im Bundesverfassungs- sowie im Wehrgesetz geregelt. Dem gemäß können Behörden und Organe von Bund, Ländern und Gemeinden das Heer um Hilfe bitten. Werden mehr als 100 Soldaten benötigt, muss dies die Bundesregierung veranlassen. Zuletzt leisteten rund 1500 Soldaten von Kaderpräsenzeinheiten der Polizei anlässlich der Flüchtlingskrise Assistenz, bis zu 2200 dürfen es laut Ministerratsbeschluss sein. Unmittelbar an den Grenzenposten besonders gefragt sind Angehörige des Kommandos Militärstreife und Militärpolizei, erkennbar am knallroten Barett. An der slowenisch-österreichischen Grenze war das Heer bis dahin zum letzten Mal 1991 im Einsatz – wegen des Jugoslawienkrieges unter völlig anderen Voraussetzungen, in voller Gefechtsbereitschaft und ihrem grundsätzlich festgeschriebenen Kernauftrag folgend, der da lautet: „militärische Landesverteidigung“.

In Friedenszeiten werden regelmäßig Antiterrorereinsätze gemeinsam mit der Polizei geübt. Die Drehbücher dazu sind ähnlich: Angesichts der Bedrohungslage kommt die Polizei in Bedrängnis, weil lang-

fristig und großflächig notwendige Objektsicherungsmaßnahmen die personellen Ressourcen sprengen. Wäre zum Beispiel die Wiener Trinkwasserversorgung Ziel eines (angedrohten) Anschlags, würde die Garde die Bewachung von Aquädukten, Pumpwerken und Speichern übernehmen. Als infanteristischer Kampfverband ist die Garde – abgesehen von Repräsentationsaufgaben – im Ernstfall für Raum-, Geleit- und Objektschutz zuständig.

Wie ein Assistenzeinsatz angelegt ist und welche Aufgaben zu leisten sind, legt im Ernstfall das Innenministerium fest. Zumindest bei den „Planspielen“ ist es Usus, Heereskontingente unter direkter „Aufsicht“ eines Polizisten zu stellen. In der Praxis hat das durchaus praktische Gründe, aber auch Symbolcharakter. Denn hinter vorgehaltener Hand argwöhnen vor allem Staatsschützer, dass sich Militärs gerne Agenden der Inneren Sicherheit einverleiben würden. Für ein entsprechendes Raunen sorgte jüngst eine Vorführung, bei der Kräfte des Jagdkommandos eine fiktive „zivile“ Geiselnahme auf einem Donauschiff beendet haben und die ABC-Abwehrtruppe eine „schmutzige Bombe“ unschädlich gemacht hat.

Würde im wirklichen Leben nicht der absolute Sicherheitsnotstand ausgerufen, wäre so ein Zugriff verfassungsrechtlich zweifelsfrei ein Fall für das EKO-Cobra bzw. (unter gewissen Voraussetzungen) in Wien auch für die WEGA (und den Entschärfungsdienst des BMI).

Dass politische Begehrlichkeiten, juristische Spitzfindigkeiten und nicht zuletzt finanzielle Belange nicht unbedeutende Faktoren sind, hat sich nach dem Amoklauf von Annaberg gezeigt. Denn eigentlich sollte es ja keiner Debatte bedürfen, dass das Heer der Polizei im Bedarfsfall zum Beispiel Hubschrauber „leiht“. In der Realität ist (war) das jedoch nicht ganz so logisch... In Deutschland ist der Einsatz der Bundeswehr – außer zu reinen Hilfsdiensten – laut Grundgesetz gänzlich ausgeschlossen, Ausnahme wäre, dass der „Notstand“ ausgerufen wird. Ähnlich ist die Rechtslage in Frankreich, wo das Militär aufgrund des nach den Terroranschlägen verhängten Ausnahmezustands der Polizei mit bewaffneten Truppen zu Hilfe eilte.

• [peter.grolig@kripo.at](mailto:peter.grolig@kripo.at)

# Vorbeugen – mit der Strickleiter?

Um für den Fall der Fälle gerüstet zu sein, informiert der Zivilschutz über sinnvolle Vorbeugungsmaßnahmen. In Wien erledigen das „Die Helfer Wiens“, über die 38 Organisationen in Sachen Katastrophenschutz vernetzt sind.

Die alte Dame hatte sich für vieles gerüstet: die Wohnungstüre mit guten Schlössern gesichert, regelmäßig Gas- und Elektrogeräte warten lassen, einen Erste-Hilfe-Kurs besucht und vieles mehr. Aber: Was tun, wenn es brennt? Die Wohnung liegt in einem oberen Stockwerk, schwer vorstellbar, sich über die Stiegen zu retten. Die zündende Idee: eine Strickleiter, um über das Fenster flüchten zu können! Nur: Welche Strickleiter ist die richtige?

Diese kuriose, aber auch andere merkwürdig anmutende, mitunter sehr persönliche und nachdenklich machende Fragen landen bei den „Helfern Wiens“, dem ehemaligen Wiener Zivilschutzverband. 1998 wurde er in „Die Helfer Wiens“ umbenannt. Neben ihren Aufgaben als Präventionseinrichtung der Stadt, sind sie die Dachorganisation für den „K-Kreis“. Das ist ein einzigartiger Zusammenschluss von 38 freiwilligen und beruflichen Einsatzorganisationen, kommunalen Unternehmen, Medienpartnern und anderen, die zur Sicherheit in der Millionenstadt beitragen (das „K“ steht für Katastrophenschutz, Katastrophenhilfe, Kommunikation und Kompetenz, Anm.). Geleitet werden die Helfer von Wolfgang Kastel, einem „gelernten“ Polizisten.

Logo der Helfer Wiens



Hauptaufgabe ist, die Bevölkerung so zu informieren, dass sie im Gefahrenfall die notwendigen ersten Schritte und Maßnahmen selbst setzen und durchführen kann, bis die Einsatzorganisationen eintreffen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, in Beratungsgesprächen, kostenlosen Vorträgen, Seminaren und Veranstaltungen das Interesse zur Hilfe, Information und Vorsorge im eigenen Haushalt zu wecken. So kann schon viel, auch im kleinsten familiären Rahmen, verhindert werden. Gerade erste Maßnahmen sind entscheidend und wirksam.

Wie setzt man einen Notruf richtig ab? Was tun bei (kleinen) Verletzungen im Heim- und Freizeitbereich? Wie hilft man bei Vergiftungen, etwa durch Haushaltsartikel, durch Pilze oder Beeren? Welche Gefahren können bei Unfällen mit Gefahrgut, mit Gas und Elektrizität vermieden werden?

Eine besondere Gefahr bilden Brände: entscheidend ist hier das sofortige Alarmieren, danach erst das Retten von Personen, zuletzt das Löschen. Aber auch ein „Blackout“ kann zu folgenschweren Zuständen führen: Ausfall jeglicher Beleuchtung, Verkehrsmittel fahren nicht mehr, Tankstellen können keinen Treib-



Leiter der Helfer Wiens: Wolfgang Kastel

## Informationen rund ums Thema Sicherheit und Zivilschutz gibt es in Wien unter

+ [www.diehelferwiens.at](http://www.diehelferwiens.at)  
+ [office@diehelferwiens.at](mailto:office@diehelferwiens.at)  
+ (01) 522 33 44

## und österreichweit unter

+ [www.zivilschutzverband.at](http://www.zivilschutzverband.at)  
+ [office@zivilschutzverband.at](mailto:office@zivilschutzverband.at)  
+ (01) 533 93 23 0

stoff mehr liefern, Heizungsanlagen funktionieren nicht mehr, Lebensmittel verderben, Geschäfte mit elektronischen Kassen müssen schließen, letztendlich gibt es kein Geld vom Bankomaten und Geldinstitute sperren auch zu. Schon die Information an die Bevölkerung, für sich selbst und die Familie vorzusorgen, ist der erste richtige Schritt. Und wichtig ist auch: Rasches, entschiedenes Handeln.

Übrigens: die eingangs erwähnte Dame konnte davon überzeugt werden, dass eine Strickleiter nicht notwendig ist.

• [willibald.plenk@kripo.at](mailto:willibald.plenk@kripo.at)

Zivil- und Katastrophenschutz-Logo







## Katastrophale Lösungs(in)kompetenz

Eine Katastrophe kann vieles sein. Die fürchterlichen Terroranschläge von Paris fallen in diese Kategorie. Der Tsunami in Südost-Asien war ein katastrophales Naturereignis, die Katastrophe von Fukushima hingegen von Menschenhand verursacht. Tödliche Epidemien (oder gar eine Pandemie) sind medizinische Katastrophen. Wir können hoffen, dass nichts davon unmittelbar über uns hereinbricht. Wenn doch, dann ist rasche, professionelle Hilfe gefragt. Die zuständigen Organisationen sind gut aufgestellt und werden zweifelsfrei ihr Menschenmöglichstes geben. Freilich muss man sich dessen bewusst sein, dass eine Vorbereitung auf das Unvorstellbare unmöglich ist – wer hätte 9/11 für möglich gehalten? Oder das Feuer-Inferno von Kaprun?

Nun ist das, was wir in den vergangenen Monaten erleben, eine Gesamtkatastrophe mit vielschichtigen Ursachen und Auswirkungen, jede für sich genommen noch einmal eigens katastrophal: Da sind einmal die katastrophalen Kriege, die humanitäre Katastrophen verursachen, zum Beispiel den Flüchtlingsansturm, der katastrophale Zustände herbeiführt. Damit in Verbindung stehen indirekt auch

jene irren „Gotteskrieger“, die ihr blutiges Schlachten mitten nach Europa gebracht haben und so für eine katastrophale Sicherheitslage und eine ebensolche Stimmung in der Bevölkerung sorgen. In diesem Zusammenhang nicht zu vergessen: Die katastrophale personelle Situation und Belastung der Polizei.

Katastrophal ist aber auch das Verhalten der Politik. Die Unfähigkeit, mit der man der Flüchtlingsproblematik gegenübersteht, ist nichts anderes als ein Desaster, also eine Katastrophe. Der wochelange Streit über die fraglos notwendige Grenzsicherung beziehungsweise um einen Zaun, der nicht so heißen und eigentlich auch keiner sein darf, war ein jämmerliches Schauspiel. Mit den Spitzen der Republik in der Hauptbesetzung. In weiteren Rollen traten Bundesheeroffiziere in Erscheinung, die innenministerielle Strategiepapiere als eigene „Geheimpläne“ an die Öffentlichkeit brachten, die sie tags zuvor bei vertraulichen Gesprächen (im Rahmen des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes) mitbekommen hatten; und gleich mitgehen haben lassen. Wobei letzterer Aspekt zumindest drei Facetten hat. Erstens: Den unentschuldbaren Vertrauensbruch des „Gedankendieb-

stahls“ an sich. Zweitens: Das fragwürdige Vorgehen, angesichts der ohnedies schon mehr als brenzligen Situation politisches Kleingeld machen zu wollen. Und drittens: Den in Ansätzen verständlichen Versuch der obersten Militärs, sich in endlosen Reformdebatten in Stellung zu bringen, um letztendlich das eigene Überleben zu sichern.

Im Katastrophenfall sind kühle Köpfe und Entschlusskraft gefragt. Wir, das Volk, der Souverän, müssen darauf setzen können, dass an den maßgeblichen Stellen Macher sitzen, die über entsprechende Lösungskompetenzen verfügen. Daran muss angesichts der an den Tag gelegten Performance gezweifelt werden. Und wenn Kritiker sagen, dass notwendige Vorbeugungsmaßnahmen für einen totalen Zusammenbruch der Stromversorgung, auch „Blackout“ genannt (noch so ein Katastrophenszenario, das mit allen aufgezeigten möglichen Folgen den puren Horror verspricht, Anm.), stetig aufgeschoben werden, dann scheint die Inkompetenz zu überwiegen.

Hoffentlich unterliege ich einer katastrophalen Fehleinschätzung.

• peter.grolig@kripo.at

# Bildung schafft Sicherheit

*Weltweit nimmt das Fachwissen zu, Polizei und Sicherheitswirtschaft dürfen da nicht abseits stehen. Fehlendes Wissen kann über kurz oder lang zu Problemen führen, so auch die Kernaussage beim 13. Sicherheitskongress der Donau-Uni in Krems.*

Die Teilnehmerliste zeigte deutlich, dass das BMI – und auch die Polizisten selbst – an (Aus-) Bildung interessiert sind. Bundesministerin Mag. Mikl-Leitner, die die Eröffnung vornahm, stellte erfreut fest, dass ihre Dienstnehmer stark vertreten waren. Sie gab in ihrem Vortrag ein Bekenntnis für Aus-, Fort- und Weiterbildung ab und meinte, dass auch für Polizisten lebenslanges Lernen künftig unvermeidbar sein wird.

Mag. Dr. Walter Seeböck, Gastgeber und Leiter des Zentrums für infrastrukturelle Sicherheit, forderte – verständlicher Weise – ebenso mehr Bildung im Sicherheitsbereich: „Sicherheit darf nicht vergangenheitsorientiert, sondern muss zukunftsweisend sein“. Er sieht die Zukunft bei „Experten mit generalistischer Grundausbildung“.

Die Referate machten bald klar, dass es zwischen den Anforderungen an die Bildung für Polizeibeamte und für Bedienstete der Sicherheitswirtschaft trotz vieler Schnittstellen wesentliche Unterschiede gibt. Einig war man sich, dass die wachsenden und wechselnden Bedrohungsszenarien einer andauernden Änderung der Lehrgegenstände bedürfen. Sowohl Sicherheit, als auch Bildung sind nicht eindimensional, daher sind auch verschiedene Ausbildungsformen notwendig. Wie schon die Innenministerin, hielt auch Brigadier Mag. Anton Wessely vom Verteidigungsministerium ein Plädoyer für mehr Schulung: „Staatliche Sicherheit braucht alles an Bildung was möglich ist. Und mehr“.

Das Ungleichgewicht bei der Ausbildung war Thema mehrerer Vorträge. Vor allem im Bereich der Sicherheitswirtschaft ist dies augenscheinlich. Während es für leitende Positionen eine große Anzahl von akademischen Ausbildungsmöglichkeiten gibt, krankt es bei der Basisschulung. Hier wird gekürzt und gestrichen, wie es nur geht. In der Privatwirtschaft fehlt es dazu noch an gesetzlichen Vorgaben. Sowohl in Deutschland, der Schweiz, aber auch in Österreich, ist es möglich, ohne Vorwissen „Sicherheitsservicekraft“ zu werden, übrigens auch in den USA. Zwar haben die im „Verband der Sicherheitsunternehmen Österreichs“ (VSÖ) vereinigten Firmen freiwillig entschieden, ihre Kräfte schulen zu lassen, doch viele kleine, finanziell wenig potente Firmen lassen völlig ungeschulte Mitarbeiter auf die Bevölkerung los. Sicherheitsmitarbeiter ist kein staatlich geregelter Beruf. Unausgebildete Securitys auf die Straße zu schicken, könnte sich aber als fatal erweisen, vor allem weil durch private Sicherheitsdienste immer mehr ehemals staatliche Aufgaben übernommen werden.

Dr. Alexander Janda, Generalsekretär des „Kuratorium Sicheres Österreich“ (KSÖ), strukturierte die Unterschiede der Ausbildung von Privat und Staat. Weil der Staat die Gesamtheit aller Aufgaben im Auge behalten muss, wird eine allgemeine Ausbildung bevorzugt. Dagegen fördert man in der Sicherheitswirtschaft eher konkrete Objekte und technische Fortbildung.

Für Janda ist auch das staatliche Ausbildungssystem zu sehr rechtswissenschaft-



*Die Organisatoren des Sicherheitskongresses mit Ministerin Mikl-Leitner, die die Tagung an der Donau-Uni Krems eröffnete*



*VKÖ-Funktionäre und Vortragende im Pausengespräch*



*Die VKÖ (kripo.at) war Sponsor der Veranstaltung*

lich orientiert. Verständlich, wenn man weiß, dass die Entscheidungsträger der Exekutive fast ausschließlich juristische Vorbildung haben und kaum praxisorientiert sind.

Für die VKÖ, die seit Jahren die Sicherheitskongresse der Donau-Uni sponsert und sich auch daran beteiligt, ist die Kernaussage dieses Kongresses eine Bestätigung, denn Fortbildung ist eine der Säulen der Vereinigung.

## Deutschland im Blaulicht



Piper-Verlag  
ISBN:978-3-492-06024-0

Ihr Name ist Tania Kambouri, sie ist griechischstämmig und Polizistin mit Leib und Seele. Sie hat ein provokantes Buch geschrieben. Einer der Auslöser dazu war der Brief eines türkischstämmigen Mannes, der ziemlich üble Beschimpfungen enthielt. Dieser hatte bereits im Zuge eines Anrufs darauf hingewiesen, dass er sich nicht mit Kambouri und ihrer Kollegin, die er als "Bullenschlampen" titulierte, unterhalten wollte.

Kambouri, die im Streifendienst arbeitet, berichtet über ihre täglichen Erfahrungen mit straffälligen Migranten, darunter viele Muslime (Türken, Araber, Libanesen etc.), die nicht den geringsten Respekt vor der Polizei haben. Die Autorin stellt in diesem Zusammenhang die Frage: „Wie sieht die Zukunft in Deutschland aus, wenn straffällige Migranten sich weigern, die Regeln in ihrem Gast- bzw. Heimatland zu akzeptieren?“

Sie kennt auch Klagen von Kollegen und Freunden, die sich in ihrem eigenen Land nicht mehr wohlfühlen. Tambouri kann dies nur bestätigen, da es ihr als Migrantin aufgrund der hohen Zahl ausländischer Straftäter in vielen Teilen ihrer Heimatstadt Bochum ebenfalls so gehe.

Zu einigen ihrer deutschen Kollegen meint sie, dass sich diese scheuen, ihre Meinung über straffällige Ausländer zu äußern, „weil da sofort die alte Leier mit den Nazis anfängt“.

Grundsätzlich könne es doch nicht sein, so die engagierte Polizistin, dass Polizeibeamte kaum noch Rechte hätten und dass Menschen, die das Grundgesetz nicht achten und eine illegale Parallelgesellschaft geschaffen haben, tun und lassen können, was sie wollen.

Sie fragt: „Ist es schon so weit gekommen, dass die deutsche Polizei bzw. der Staat sich anpassen müssen und wir unsere demokratische Vorstellung in gewissen Lebens- und Einsatzsituationen einschränken oder aufgeben müssen?“

Daher ihre Forderung: eine härtere Li-

nie Deutschlands gegen Rechtsbrecher mit Migrationshintergrund. Ernsthafte Sanktionen wie angemessene Geldstrafen, Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen, Gefängnis und notfalls sogar die Ausweisung. „Denn in die Herkunftsländer möchte kaum einer zurück, da dort die Lebensbedingungen oft mangelhaft und nicht mit der hiesigen staatlichen Unterstützung vergleichbar sind“. Die Resonanz darauf war überwältigend: Hunderte Polizei-Kollegen unterstützten ihren Beitrag und ermutigten sie, ihre Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen.

Kambouri möchte ihre Meinung keineswegs als Ausländerhetze verstanden wissen. So verweist sie auf ihre eigene Einwanderungsgeschichte und sieht sich als Teil jener Migranten, die in ihrer neuen Heimat bestens integriert seien. Mit „Deutschland im Blaulicht - Notruf einer Polizistin“ möchte sie „den Finger in die Wunde legen, auch wenn mir bewusst ist, wie explosiv das Thema ist“. Ein durchaus lesenswertes Buch, in dem mit Sicherheit auch österreichische Polizisten und Polizistinnen die eine oder andere Parallelerfahrung finden werden.

• josef.w.lohmann@kripo.at

## „Kiebarett“ die Zweite - und weise Dankesworte...



Ein Auftritt vor 250 Kollegen ist eine Sache. Erstmals vor genauso viel großteils fremden Menschen auf der Bühne zu stehen, eine ganz andere. „Kiebarettist“ Norbert Janitsch meisterte beides.

Wie berichtet, hat Janitsch im Rahmen einer VKÖ-Veranstaltung, mit Kokarde und Mitgliedsausweis als Eintrittskarte, die Vor-Premieren-Gäste im Schutzhaus „Zukunft“ auf der Schmelz köstlich unterhalten. Mit leicht abgeändertem, somit auch für Außenstehende verständlichem Programm ist es ihm gelungen, auch Nicht-(Kriminal-)Polizisten in seinen Bann zu ziehen. Wobei: Gar so „polizeifrei“ war der Saal im zweiten „Kiebarett“-Anlauf wieder nicht. Gesichtet wurden: eine starke IPA-Abordnung, Rudi Gollia (Ex-BMI-Sprecher, nun Pressechef im Parlament) und Oberst Günther Berghofer (SPK Floridsdorf) sowie weitere „amtsbekannte Personen“.

Spenden ließ Janitsch, wie zuvor die VKÖ, dem „Weißen Ring“ zukommen. Dessen Präsident, Udo Jesionek, hat sich bei der VKÖ bedankt, im Schreiben an Präsident Benda aber auch kritisch angemerkt: „...ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es nicht sehr klug war, die Kripo letztlich aufzulösen und in die Gesamtorganisation zu integrieren, aber das erinnert mich an die sinnlose Zerschlagung des Jugendgerichtshofes...“

## Sonderausgabe kripo.at

Das Manko, über die eigene Geschichte relativ wenig zu wissen, weil sämtliche Dokumente aus der Zeit der 1. Republik vernichtet wurden, veranlasste die VKÖ zur Geschichtsforschung. Unser Mitglied Otto Scherz, ein versierter Hobbyhistoriker, fand tatsächlich in unzähligen Archiven und Bibliotheken Unterlagen aus unserer Frühzeit.

Da alleine die Betrachtung der eigenen Geschichte ohne Konnex zur allgemeinen Polizeigeschichte nicht möglich ist, haben wir auch hier ein wenig nachgeforscht. Vor allem das wenig beachtete Kapitel der Polizei im „Dritten Reich“ brachte einige kaum bekannte Tatsachen ans Licht.

Das Ergebnis der Recherchen findet sich in einer Sonderausgabe von kripo.at, erhältlich bei jeder unserer Veranstaltungen und über unser Büro:

**sekretariat@kripo.at oder 050 133 133**



## Museum der Johann Strauss Dynastie

**Zeit:** 14. Dezember 2015, 16.00 Uhr

**Ort:** Wien 9, Müllnergasse 3 (Museum) bzw. Müllnergasse 4 (VKÖ-Räumlichkeiten)

Anschließend an den Museumsbesuch laden wir Sie zu einem weihnachtlichen Stelldichein in unseren Räumlichkeiten.



## Ein Land – eine Kripo

Auch unsere Bruderorganisation BdK feierte ein Jubiläum: vor 25 Jahren wurden nach der Wiedervereinigung auch die Polizei von BRD und DDR organisatorisch gleichgeschaltet. Grund genug, um die alljährlich stattfindende Versammlung, die heuer am 6. November in Berlin abgehalten wurde, mit einem Festakt abzuschließen. Gleichzeitig wurde der „Bullemerite“, die höchste Auszeichnung des BdK, an die TV-Serien „Tatort“ und „Polizeiruf 110“ vergeben. Die VKÖ war zu dem Ereignis eingeladen und durch Präsident Benda und seine Stellvertreter Bärtil und Kaiser vertreten.



## Kripo-Campus



Natürlich wird das VKÖ-Seminarprogramm 2016 fortgesetzt. Vorläufig konnten folgende Termine fixiert werden:

### Vortrag „Die Kripo in der DDR – Organisation und Methoden“

**Ort:** Bildungszentrum Sicherheit, 1090 Wien, Müllnergasse 4

**Zeit:** 25. Februar 2016, 16:00 Uhr

**Vortragender:** Wolfgang Volland, langjähriger Mordermittler in Berlin

### Vortrag „Kriminalpsychologie, Profiling und Forensische Psychiatrie“

**Ort:** Festsaal der Wirtschaftskammer, 4400 Steyr, Stelzhammerstraße 12

**Zeit:** 5. April 2016, 13.00 Uhr

**Vortragende:** Dr. Thomas Müller, Europas führender Kriminalpsychologe  
Prim. Dr. Adelheid Kastner, Leiterin einer forensischen Psychiatrie

### Tagesseminar „Brände und Explosionen durch statische Elektrizität“

### Tagesseminar „Neue Methoden in der Brandermittlung (Drohnen etc.)“

**Ort:** Bildungszentrum Sicherheit, 1090 Wien, Müllnergasse 4

**Zeit:** 12. und 13. April 2016

**Vortragender:** Frank D. Stolt, Brandsachverständiger

**Anmeldung für alle Veranstaltung erforderlich und bereits möglich:  
050 133 133 oder sekretariat@kripo.at**

## kripo.at-Rätsel

War doch nicht schwer das letzte Rätsel, oder? Eigentlich sollte doch jeder Kriminalpolizist wissen, wo die Ursprünge seines Berufes liegen – gehört zur Allgemeinbildung von Kriminalbeamten. Wer es doch nicht wusste: Die Polizeieinheit, die sich „Sicherheit“ (französisch Sûreté) nannte, wurde von Eugène François Vidocq in Paris gegründet.

Die erste richtige Antwort langte vom ehemaligen Kripochef in Leopoldstadt, Anton Piber, ein. Wir freuen uns, ihm ein Buch aus unserer Sammlung von Kriminalromanen übergeben zu können.

*Mit der neuen Rätselfrage kehren wir in die Gegenwart zurück.*

Der Amerikaner Robert Ressler, Leiter der Abteilung für Verhaltensforschung beim FBI, verwendete ab 1978 das Wort „Profiling“ für eine kriminalistische Vorgangsweise. Wie lautet der bei uns in der Fachsprache gebräuchliche Name dieser Tätigkeit?

### Mitgliedertreff:

#### Wien

Jeden 1. Montag im Monat  
ab 17.00 Uhr  
Gasthaus „d'Landsknecht“  
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,  
1090 Wien

#### Linz

Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
15.00 Uhr  
Polizei-Sportbuffet,  
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

#### Wels

jeden 1. Dienstag im Monat  
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

### Sektionsleiter in den Bundesländern:

<b>Burgenland:</b>	<b>Eisenstadt</b>	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
<b>Kärnten:</b>	<b>Klagenfurt</b>	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
<b>Niederösterreich:</b>	<b>St. Pölten</b>	Andreas Bandion, niederösterreich@kripo.at
<b>Oberösterreich:</b>	<b>Linz</b>	Helmut Kaiser, oberösterreich@kripo.at
	<b>Wels</b>	Martin Müllner, wels@kripo.at
	<b>Steyr</b>	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
<b>Salzburg:</b>	<b>Salzburg</b>	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
<b>Steiermark:</b>	<b>Graz</b>	Karl Strohmaier, steiermark@kripo.at
<b>Tirol:</b>	<b>Innsbruck</b>	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
<b>Vorarlberg:</b>	<b>nicht besetzt</b>	sekretariat@kripo.at



#### IMPRESSUM

**Eigentümer und Herausgeber:** Vereinigung Kriminaldienst Österreich  
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133

E-Mail: redaktion@kripo.at

**Präsident:** Richard Benda  
**Chefredakteur:** Peter Grolig  
**Redaktionssekretariat:** Birgit Eder

**Gestaltung:** Christian Doneis

**Mitarbeiter:** Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Herbert Zwickl,  
Helmut Bärthel, Frank Dieter Stolt, Willibald Plenk

#### Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at  
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

**Verleger:** Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeingasse 1-3. **Verlags- und Herstellungsort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen.

Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Unsere Kooperationspartner

